

Qualitatives Wachstum – Zauberformel oder Scheinlösung?

Wie viel Wachstum erträgt die Erde und ertragen die Menschen?

Podiumsdiskussion:

Apl. Prof. Dr. Niko Paech, Universität Oldenburg – für eine Post-Wachstums-Ökonomik

Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – für den Green New Deal

Dr. Mehrdad Payandeh, DGB, Referatsleiter Wirtschafts- und Steuerpolitik/
Wachstumsfragen – für qualitatives Wachstum und mehr Beschäftigung

Moderation: Vera Gaserow, freie Journalistin

Mainz,

Zentrum gesellschaftliche Verantwortung,

17. Juni 2010: 19-21 Uhr,

Teilnehmende: 15 m, 8 w.



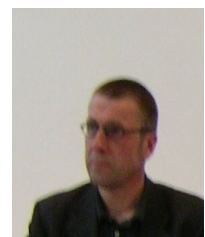
Wolfgang Faller (Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz) führte in seiner Begrüßung aus, dass die Beschäftigung mit dem Green New Deal ein Schwerpunktthema des Stiftungsverbundes der Böll-Bundes- und Landesstiftungen ist. Auf dem entsprechenden Blog www.boell.de/greennewdeal sind Dokumente und Termine dazu eingestellt; Faller wies insbesondere auf die dort abgelegten Debattenzusammenfassungen im Videoformat hin.

Ein solcher Mitschnitt aus Kiel (von der vorhergehenden Debatte) endete mit Fragen an die kommende Mainzer Debatte.

Prof. Paech: „Es gibt keine theoretische oder empirische Grundlage für die Annahme, dass es gelingen könnte, Wirtschaftswachstum von Umweltschädigung zu entkoppeln.“

Nico Paech führte mit einem Vortrag in die Problematik des Wachstumskreislaufes ein und legte seine Vision einer Postwachstumsökonomie dar. Folgende vier Aspekte müssen dabei berücksichtigt werden :

- „Eine ökologische Entkopplung wirtschaftlichen, in Geld gemessenen Wachstums ist nicht in Sicht.“
- „Ein wichtiger Befund der sogenannten *Science of Happiness* besagt, dass eine Steigerung des über Geld vermittelten materiellen Reichtums ab einem bestimmten Niveau das subjektive Wohlbefinden nicht weiter erhöht.“
- „Weiteres Wachstum wird auch mit der Notwendigkeit begründet, Armut und als ungerecht empfundene Verteilungen zu mildern.“
- „Die ökonomischen Grundlagen des Wachstums erodieren.“



Paech vertrat die These, dass im Gegensatz zum „Green New Deal“-Ansatz und ähnlichen Überlegungen, die es seit Mitte der 1970er Jahre (nach Erscheinen von „Grenzen des Wachstums“) gäbe, eine Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch, trotz aller Effizienzsteigerungen, nicht stattgefunden habe. Dies untermauerte er durch die Beschreibung des ökologischen Fußabdruckes, den in Deutschland konsumierte Waren im Ausland verursachten. Weiterhin ließen Komfortsteigerungen und Konsumzuwächse als „Reboundeffekt“ die Effizienzgewinne nichtig werden (der heutige VW Beetle verbraucht etwa so viel Benzin wie sein Vorgänger vor 50 Jahren).

Ausgehend von diesen Prämissen, formuliert er das Konzept der Postwachstumökonomie wie folgt: „Eine ökologisch und sozial zukunftsfähige Ökonomie bedarf der Beseitigung jeglicher Wachstumsabhängigkeiten und -zwänge. Dazu zählen:

- die Innovationsorientierung moderner Marktwirtschaften
- das gegenwärtige Geld- und Zinssystem
- hohe Gewinnerwartungen
- das auf globaler Arbeitsteilung beruhende Modell der Fremdversorgung
- eine Kultur der bedingungslosen Steigerung materieller Selbstverwirklichungsansprüche.

Es bedarf einiger Schritte, die eine Richtung eröffnen, wie es zu dem Konzept einer Postwachstumsökonomie kommen könnte:¹

1. Entrümpelung und Entschleunigung
2. Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung
3. Regionalökonomie
4. Stoffliche Nullsummenspiele
5. Institutionelle Innovationen“

Aus Paechs Sicht bietet der „Green New Deal“ keinen geeigneten Ansatz, zumal/da er sich praktisch, trotz weitergehenden Anspruchs, (nu) auf den Energieerzeugungsbereich konzentrierte.

Dr. Mehrdad Payandeh, DGB: „Der DGB fordert Impulse für ein dauerhaftes qualitatives Wachstum und mehr Beschäftigung.“

Dr. Payandeh kritisiert die Vision Paechs. Er hält es für unverantwortlich, dass die Frage einer Schrumpfung ohne Klärung der Verteilungsfrage angegangen wird. Das Rad der Geschichte könnte außerdem nicht einfach zurückgedreht werden. Der Mensch würde nicht von jetzt auf gleich auf technische Errungenschaften verzichten (wollen).



Nicht der Wachstumsgedanke generell, sondern die marktzentrierte Wachstumsstrategie ist seiner Meinung nach gescheitert.

Der DGB steht als ArbeitnehmerInnenvertretung zunächst an der Seite der abhängig Beschäftigten und könne die Existenzsorgen seiner Mitglieder, auch wenn sie in ökologisch brisanten Bereichen arbeiteten, nicht außer acht lassen. Gute Arbeitsbedingungen und Forschung seien der erste Schritt aus der Problematik von Wachstumszwang und ökologischer Zerstörung. Nur so könne man die Mehrheit der Menschen erreichen und auf dem Weg mitnehmen.

Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Der Grüne New Deal: Die Bekämpfung des Klimawandels und soziale Gerechtigkeit müssen zusammen gedacht werden. In der Praxis setzen innovative Unternehmen dies bereits erfolgreich um.“

Dr. Bernhard Braun hält ein generelles Nullwachstum vor allem für die reiche Schicht für sinnvoll. Dies könnte ein gutes Signal sein. Bei Armen, z.B. bei ALG II-EmpfängerInnen, Konsumverzicht zu fordern, hält er für nicht legitim. Braun stimmt Paech zu, dass es keines größeren Wachstums (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) bedürfe, sondern selektiver Entwicklung unterschiedlicher Wirtschaftsbereiche. In der Summe könne dies durchaus eine Schrumpfung beinhalten – so könne er sich vorstellen, dass der Energiebedarf mittelfristig um 50% gesenkt und möglichst vollständig regenerativ erzeugt werde. Braun hält Ansätze wie die Postwachstumsökonomie für wichtig, weil Utopien zur Fortentwicklung notwendig seien.



Paech veranschaulicht sein Modell an einem praktischen Beispiel. Er meint, die Arbeitszeit könne auf 20 Stunden / Woche reduziert werden. In den „gewonnenen“ 20 (freien) Stunden könnte man sich gemeinschaftlich engagieren oder eigene, z.B. handwerkliche, Fähigkeiten trainieren. **Payandeh** kritisiert diesen Vorschlag, weil die Frage der Existenzsicherung und der Löhne ausgeblendet werde. Man könne in einem Land die Entwicklung in sämtlichen Richtungen nicht stagnieren lassen.

Braun betont, es bestehe ein hoher Forschungsbedarf für die Umsetzung einer nachhaltig wirtschaftenden Gesellschaft, diese Forschung müsse finanziert werden. Paech bestreitet diesen Bedarf und argumentiert, dass man mit den heutigen Ergebnissen doch schon sehr weit käme. Der Wille der Menschen zur Weiterentwicklung solle auf eher geistige oder kulturelle Bereiche konzentriert werden.

Viele Beiträge aus dem **Publikum** unterstützen inhaltlich Paechs Position, teilweise mit vehementer Kritik an der Industriegesellschaft als solche. Sie vermissen in der Darstellung des DGB-Vertreters eine politische Perspektive über die Gegenwart hinaus. Der Green New Deal wird als Mittel zur Fortsetzung des an der ökologischen Misere schuldigen marktliberalen Kapitalismus gesehen.

Bernhard Braun beschreibt den Green New Deal als umfassendes Konzept, das sich beispielweise auch mit Chemie- und Pharmaproduktion oder der Autoindustrie beschäftigt. Er sieht dabei enorme Schrumpfungspotenziale.

Aus dem **Publikum** wird ergänzt, dass die Kosten im Gesundheitsbereich wesentlich sinken könnten, wenn Stresskrankheiten und Übermedikation abgebaut würden.

Vera Gaserow wirft die Frage auf, ob und wie man den Menschen in diesen Veränderungsprozess integriert? „Könnte dies auch ein Auftrag an die/der Politik sein?“

Mehrdad Payandeh erklärt, dass durchaus international die Pflicht bestehe, den Schadstoffausstoß in den Industrieländern wesentlich zu senken. Er betont aber, dass dies keine Verzichtsforderungen an Menschen mit geringen Einkommen beinhalten dürfe.

Paech ist skeptisch, dass allein die Politik der Motor für diese Entwicklung sein könne. Wichtig sei eine entsprechende Umgestaltung der Lebensstile(, die individuelle CO₂-Bilanz ist bereits heute relativ einfach messbar). Es ginge darum, auch individuell mit gutem Beispiel voranzugehen. **Braun** stimmt dem zu und ergänzt, dass es dafür politischer Rahmenbedingungen in mehreren Politikbereichen bedürfe. Darin sind sich alle Referenten einig.

Laut **Paech** müsse das Ziel sein, , dass jeder Mensch nicht mehr als 2,7 Tonnen CO₂/Jahr verbrauche. Eine nachhaltige Gesellschaft müsse sich an der darauf ausgerichteten individuellen CO₂-Bilanz messen lassen.

Fazit aus Sicht der Veranstaltenden

- Gesamtwirtschaftliches Wachstum wird auf globaler Ebene in den nächsten Jahren kaum zu vermeiden sein. Für die Industriegesellschaften sind Schrumpfungsprozesse im BIP bei gleichzeitiger Weiterentwicklung einiger Bereiche durchaus vorstellbar.
- Für den Umbau hin zu einer ökologisch nachhaltig funktionierenden Gesellschaft gibt es zwar Ansätze, es ist aber noch keine Wende im Wirtschaftsgefüge sichtbar, welche die zur Einhaltung der 2⁰-Grenze notwendigen Emissionsreduzierungen erkennen lässt.
- Der „Green New Deal“ darf sich nicht allein auf technische Erneuerung konzentrieren, er bedarf der Einbeziehung der sozialen Frage, der Frage von Einkommens- und Vermögensverteilung. Chancengleichheit ausschließlich über bessere Bildungssysteme anzustreben, genügt nicht.
- Die Frage, wie eine Mehrheit der Bevölkerung auf dem Weg in die „Postwachstumsgesellschaft“ mitgenommen werden kann, bleibt unbeantwortet.